

Feuilleton



Demonstration der LGBT-Community gegen Diskriminierung in Warschau

AFP/VOJTEK RADWANSKI

Marta Romankiv, eine 25-jährige ukrainische Künstlerin, die in Krakau lebt, hat vor ein paar Wochen in mehreren polnischen Städten „Präsidentenwahlen“ organisiert – für diejenigen, die in Polen nicht zur Wahl gehen dürfen. Hunderte von Einwanderern stimmten ab, um sich bemerkbar zu machen, um zu zeigen, dass sie in Polen überhaupt existierten.

Polen hat in den letzten Jahren eine hohe Zahl an ukrainischen Wirtschaftsflüchtlings aufgenommen. Gleichzeitig warnt die polnische Regierung vor den Gefahren der sogenannten Masseneinwanderung. Die polnische Regierung verspricht ihren Wählern, dass weder jetzt noch in Zukunft Einwanderer ins Land kommen werden. Polen, so die Behauptung, wird für alle Zeit polnisch, katholisch und weiß bleiben. Dieses widersprüchliche Vorgehen ist typisch für die polnische Politik. Sie ist zerrissen zwischen dem medialen Narrativ und der Wirklichkeit.

Das Kunstprojekt von Marta Romankiv wurde von der Initiative Biennale Warszawa organisiert. Vor der echten Präsidentschaftswahl hat es der Propaganda-Apparat der Regierung für nötig befunden, diese winzige Institution als schreckliche Bedrohung für Polens Familien darzustellen. Die Propagandamaschine hat die Aktion so präsentiert, als wäre sie ein Zusammenschluss aus Ulrike Meinhof und dem Islamischen Staat.

Ein komischer Linker

Da der Hauptkonkurrent von Andrzej Duda, nämlich der Präsidentschaftskandidat Rafal Trzaskowski, als Bürgermeister von Warschau die linke Initiative finanziell unterstützt hat, ist er zur Zielscheibe der Regierungsmedien geworden. Polens Linke reagierte amüsiert. Was soll Trzaskowski schließlich für ein linker Revolutionär sein, wenn er im EU-Parlament der gleichen Partei angehört wie Angela Merkel und Viktor Orbán? Die meisten linken Wähler haben trotzdem für ihn gestimmt – aus Angst vor der PiS.

Angst ist ein typisches Gefühl in der polnischen Politik. Wenn man es genau nimmt, ist Polens Politik ein einziger Horrorfilm, voller Angst. Eine der beliebtesten Strategien der Rechten ist es, einen Heldenkampf gegen unwirkliche Bedrohungen zu inszenieren. Die PiS beschwört die schlimmsten Gefahren herauf: die Invasion der „LGBT-Ideologie“, „die Gefahr der Migration“, den „deutschen Einfluss auf die Medien“, während sie die wahren Probleme – etwa die Missachtung der Menschenrechte und die anhaltende Wohnungskrise – bewusst ignoriert.

Politik ist schon immer ein Kampf um die Vorstellungskraft des

Volkes gewesen – aber in Polen läuft dieser Kampf besonders brutal ab. Die Kulturpolitik spielt dabei eine wichtige Rolle. Der Kulturminister Piotr Gliniski ist zugleich der erste Stellvertreter des Ministerpräsidenten. Kein Kulturminister hatte in Polen nach 1989 eine derartige Macht. Es ist auch sein Ministerium, das die kontroversen Gesetze über die sogenannte Repolonisierung der Medien verantwortet. Mit diesen Gesetzen will die Regierung ausländischen Investoren ihren Medienbesitz streitig machen.

Verteidigung der Pressefreiheit

Im Fall des Discovery Channels, der im Besitz einiger polnischer Fernsehsender ist, wird die Medienfreiheit paradoxerweise von der US-Botschafterin in Warschau verteidigt: Georgette Mosbacher. Sie ist eine Vertrauensperson von Donald Trump – und gegen Trump will Polens Rechte nicht kämpfen.

Jaroslav Kaczynski, der Vorsitzende der PiS-Partei und das informelle Staatsoberhaupt des Landes, glaubt immer noch fest an den Einfluss des Fernsehens auf das öffentliche Leben. Im Kopf ist er in den 90er-Jahren hängengeblieben. Er hat den digitalen Medienwandel nicht wirklich mitbekommen. Kaczynski glaubt immer noch, dass die Bevölkerung diejenigen Politiker als mächtig empfindet, die sie im Fernsehen sieht. Daher ist ihm der Kampf um die Fernsehsender so wichtig.

Die Regierung wiederholt immer wieder, dass die Welt die „polnische Stimme“ vernehmen muss. Doch alle Versuche, diese Stimme hörbar zu machen, scheitern auf groteske Weise. Der rechte Flügel versteht die digitale, populäre Medienwirklichkeit nicht. Seit Jahren versucht Polens Regierung einen Blockbuster, einen Hollywood-Film über Polens Geschichte zu lancieren – doch es will ihr nicht gelingen. Zugleich weiß die Regierung sehr genau, wie sie der liberalen Kultur schaden kann. In Zukunft könnte sich die polnische Kulturpolitik genau darauf konzentrieren – auf die Zerstörung liberaler Strukturen.

Die gewonnene Präsidentschaftswahl durch die PiS gibt der Befürchtung Nährboden, dass sich in Polen ein ungarischer Orbánismus durchsetzen könnte. Aktuell zeichnet sich eine Umgestaltung innerhalb der Regierung ab, die für die Liberalen bedrohlich wäre. Die PiS-Partei ist ein Konglomerat aus vielen rechten Strömungen.

Aktuell gewinnt eine der aggressivsten Fraktionen, nämlich die Solidarna Polska des Justizministers Zbigniew Ziobro, immer mehr an Einfluss. Jacek Kurski wiederum, der Chef des staatlichen Fernsehens, ist sein enger Vertrauter.

Nach den Wahlen hat Kurski dem Wochenmagazin Sieci ein großes Interview gegeben, einem staat-

Ein einziger Horrorfilm

Nach den Wahlen in Polen jubelt die Rechte.

Wie fühlen sich Polens Künstler damit?

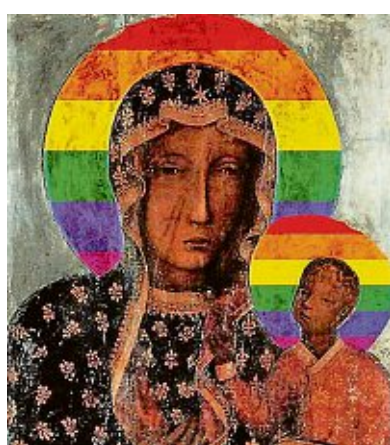
Ein Essay von einem der besten Kulturkenner des Landes

WITOLD MROZEK



„Präsidentschaftswahlen“ der Künstlerin Marta Romankiv

BIENNALE WARSZAWA



Politisch modifiziertes Madonnenbild

OKO.PRESS



Die Künstlerin Marta Romankiv

ROMANKIV

lich bezuschussten Magazin. Darin fordert er eine Verschärfung des Regierungskurses und beschwert sich über die jüngere Künstler-Generation. „Dieser Generation fehlt es an Energie, Talent und Fähigkeit. Wir gehen dagegen an, indem wir die LGBT-Ideologie und den Gender-Wahn bekämpfen. Ein Regenbogen-Polen wird es nicht geben“, sagte Kurski.

Indes zeigt sich die Regierung aufgeschlossen gegenüber der faschistischen Konfederacja-Partei. Die PiS will keine Konkurrenz von rechts, also versucht sie die Faschisten einzugliedern. Das Kulturministerium spielt hierbei eine wichtige

derung von nationalistischen Initiativen.

Was bedeutet das alles für Polens Künstler? In Polen gibt es keine offizielle Zensur. Ja, es gibt Gesetze zum Schutz religiöser Gefühle und zum Schutz nationaler Symbole. Aber es kommt kaum vor, dass tatsächlich jemand auf der Grundlage dieser Gesetze verurteilt wird. Es geht vielmehr darum, eine Atmosphäre der Angst und eine Bedrohungssituation zu schaffen, in der die PiS-Partei sich als Retterin polnischer Werte inszenieren kann.

Wenn sich ein Künstler zu weit aus dem Fenster lehnt, ist die Dramaturgie immer gleich: Die Staatsanwaltschaft leitet eine Untersuchung ein, die Regierungsmedien berichten darüber, nach einiger Zeit wird die Anklage wieder fallen gelassen. Die Regierung geht gegen Künstler nur in den seltensten Fällen vor. Um ein Beispiel zu nennen: Die Künstlerin und Oppositionelle Elzbieta Podlesna wurde verhaftet und angeklagt, weil sie das berühmte Bild der „Schwarzen Madonna von Tschenstochau“ verfremdet und neu gestaltet hat. Sie hat die Farben im Heiligenschein der Mutter Maria in Regenbogenfarben geändert. Anschließend hat sie Aufkleber mit dem Bildnis verteilt. Der Aufschrei war groß.

Hohe Geldstrafen

Jas Kapela, ein Kolumnist und Performance-Künstler, wurde zu einer hohen Geldstrafe verurteilt, nachdem er die polnische Nationalhymne umgeschrieben und darin zur Aufnahme von Flüchtlingen ermuntert hatte. Kapela wurde vom Obersten Gerichtshof freigesprochen. Doch das war vor der Übernahme des Gerichts durch die Regierung. Könnte Kapela heute mit einem ähnlichen Urteil rechnen? Das ist ungewiss.

Die Lage spitzt sich zu. Im Mai, als der Lockdown noch andauerte, organisierte eine Gruppe von Künstlern einen Straßenprotest, um auf die bedrohliche finanzielle Situation aller Künstler aufmerksam zu machen – darunter waren Marta Czyn, Karolina Grzywnowicz oder Michal Frydrych. Sie liefen mit einem Protestbanner ins Parlament.

Die Künstler hielten alle Hygienevorschriften ein. Doch das Warschauer Gesundheitsamt verhängte auf Drängen der Polizei eine Geldstrafe in Höhe von jeweils 2500 Euro. Die Bestrafung löste einen öffentlichen Skandal aus. Die Opposition rief zu einer Crowdfunding-Aktion auf, um Geld für die Künstler zu sammeln. Das Urteil wurde schließlich fallengelassen, nachdem der Bürgerbeauftragte eingegriffen hatte, der in den vergangenen fünf Jahren unabhängig geliebt ist. Doch seine Amtszeit endet im September. Werden Polens Künstler nächstes Jahr mit einem ähnlichen

Schutz rechnen können? Auch das kann bezweifelt werden.

Anders als in Ungarn befinden sich in Polen die meisten Theater und Galerien in der Zuständigkeit der lokalen Behörden. Im Westen Polens sind sie daher mehrheitlich in der Hand der Opposition. Doch die Wirtschaftskrise treibt diese Kommunen in den finanziellen Ruin. Im Gegenzug führen die von der PiS kontrollierten Gemeinden „LGBT freie“-Zonen ein.

Diese Aktionen haben zwar keine rechtliche Bedeutung, aber dafür eine symbolische Wirkung. Der Hauptfeind im letzten Wahlkampf war „der Schwule“, oder genauer gesagt: „die LGBT-Ideologie“. Wochenlang hat Andrzej Duda Polens Homosexuelle zur Zielscheibe gemacht. Zugleich wächst in Polen die Akzeptanz gegenüber gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, die die polnische Regierung nicht toleriert. Die PiS-Partei möchte so tun, als gäbe es Homosexualität nur bei Menschen mit linken Ansichten. Als würde Homosexualität nur in Städten existieren. Das ist natürlich falsch.

Deshalb ist die Arbeit von Daniel Rycharski so wichtig. Rycharski ist ein schwuler Künstler. Zugleich ist er ein bekennender Christ. Er lebt auf dem Land und verbindet in seinen Skulpturen und Installationen die polnische Volkskultur mit katholischer Ikonografie und LGBT-Symbolen. Er versucht Brücken zu bauen. So ein Ansatz, so eine Kunst könnte der Regierung gefährlich werden.

Rycharskis Schaffen erinnert an einen wichtigen Aspekt: Wer Polen von der PiS-Partei zurückgewinnen will, muss einen Teil der Landbevölkerung erreichen. Deshalb ist es für die polnische Opposition so wichtig, die Sprache des ländlichen Raums zu verstehen. Polen ist eine mediale Parallelwelt. Das staatliche Fernsehen droht mit der Arroganz der Elite, mit der Macht der Städter – in einem Land, in dem es seit fast 30 Jahren kein robustes Recht auf Abtreibung gibt. In der Zwischenzeit passiert das wirkliche Leben woanders. Bei Netflix, in den sozialen Medien. Kritische Dokumentationen über Pädophilie in der Kirche entstehen und Romane mit schwuler Geschichtsschreibung. Sie alle finden ein Millionenpublikum. Laut des Pew Research Centers säkularisiert sich die junge Generation von Polen so schnell wie keine andere in der Welt. Wird diese Emanzipation im Privatleben jetzt einen politischen Richtungswechsel einleiten? Wir werden sehen.

Witold Mrozek, 1986 geboren, arbeitet als Journalist für das Feuilleton der liberalen Tageszeitung Gazeta Wyborcza. Er ist auch Theaterkritiker und Dramaturg und Autor der Krytyka Polityczna.

Der Text wurde aus dem Polnischen von Tomasz Kurianowicz übertragen.